



Die Politik der Behörden der Ukraine zur Vernichtung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche wurde auf der Sitzung des UNO- Sicherheitsrats besprochen



Kommunikationsdienst der Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen, 03.08.2023. Am 26. Juni 2023 fand die Sitzung des UNO- Sicherheitsrats statt, die dem Thema die Verfolgungen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche seitens der ukrainischen Behörden gewidmet wurde.

Der Leiter der Allianz der Zivilisationen Frau Nihal Saad legte in ihrer Rede insbesondere fest, dass sich laut **“der Bericht über die Lage mit den Menschenrechten in der Ukraine”**, den das UN-Hochkommissariat für die Menschenrechte **veröffentlicht** habe, in der Berichtszeit von Februar bis April die Gewaltfälle gegen die Mitglieder und Befürworter der Ukrainischen Orthodoxen Kirche gehäuft haben.

Die ukrainischen Behörden führten die Durchsuchungsmaßnahmen in den verschiedenen Objekten der Ukrainischen Orthodoxen Kirche durch, sagten über den Verdacht den Geistlichen gegenüber und stellten einige von ihnen unter Hausarrest, einschließlich einen der Haupthierarchen der UOK aufgrund der geringen Beweise oder ohne sie (zu dieser Zeit wird der Vertreter des Kiewer Höhlenklosters der Metropolit von Wyschorod und Tschernobyl Pawel verhaftet- A.d.R.). Außerdem hat das Kulturministerium der Ukraine den Vertrag mit der Ukrainischen Orthodoxen Kirche bezogen auf die Miete des Kiewer Höhlenklosters außerordentlich aufgelöst. Es wurden auch die widerrechtlichen Entscheidungen der Reihe von den Stadt- und Gebietsräte erwähnt, die die Tätigkeit der kanonischen Kirche auf ihrem Territorium verboten haben, und die Handlungen der lokalen Räte, die auf die Auflösung der Verträge gerichtet werden, die mit der Miete des stadtbehördlichen Besitztums

verbunden werden.

“Auf solche Weise machen wir uns Sorgen darum, dass die Gesamtwirkung der Handlungen der Regierung, die gegen die Ukrainische Orthodoxe Kirche gerichtet werden, diskriminierend sein können”, fasste Nihal Saad zusammen.

Sie bezeichnete als alarmierendes Anzeichen “den Ausbruch der Aufstachelung zum Hass und die Reihe von den Gewaltfälle den Mitgliedern der Ukrainischen Orthodoxen Kirche gegenüber”. Laut dem Bericht, “ verwendeten die Amtleute, Blogger und Meinungsbildner die diskriminierende und aufhetzerische Rhetorik und stachelten offen zur Gewalt auf” den Geistlichen und Befürwortern der kanonischen Kirche gegenüber, während “die Regierung und Strafverfolgungsbehörden trafen keine wirksamen Maßnahmen gegen die Fälle der Aufstachelung zum Hass.”

Einer der auf der Sitzung des UNO- Sicherheitsrats aufgetretenen Leute war der bekannte Kiewer Journalist und Schriftsteller **Jan Taksur**, der im Gefängnis deswegen war, dass er sich für die Ukrainische Orthodoxe Kirche in Bezug auf die Drangsalierung durch die ukrainischen Behörden einsetzte.

“Meine persönliche Geschichte ist nur ein kleiner Teil der Verfolgungen und des Terrors, die in den letzten Jahren gegen die Ukrainische Orthodoxe Kirche und ihre Vertreter unternommen wurden”, unterstrich Jan Taksur. Er erinnerte daran, dass “Hunderte und Tausende Gemeinden der Ukrainischen Orthodoxen Kirche werden entweder in die Organisation “die OKU” gewaltsam versetzt oder leben in Gefahr der Aneignung und Versetzung ihrer Kirchen in diese Errichtung. Jan wies auch auf die Handlungen der Behörden der Ukraine hin, die auf die Austreibung der Mönche der Ukrainischen Orthodoxen Kirche aus dem Kiewer Höhlenklosters gerichtet werden, auf die Zulassungsbeschränkung der Gläubigen der kanonischen Kirche zu den Heiligtümern des Klosters- “nur weil sie die Ansprüche nicht befriedigt haben, zu einer anderen religiösen Gerichtsbarkeit zu gehören.”

“Ich gebe es Ihnen zu bedenken, dass sich in diesem Fall die ukrainischen Behörden in den Bereich des Sakralen einmischen- in den Bereich der Beziehungen des Menschen und Gottes. In den Bereich, wo es keinen Platz für Politik und Geopolitik gibt”, sagte Jan Taksur.

Der Schriftsteller gab Acht der Teilnehmer auf das Schicksal der Hierarchen, Geistlichen und Gläubigen der kanonischen Kirche, die unter schwere Anklage ohne Beweise gestellt werden. Das Beispiel ist **der Metropolit von Wyschorod und Tschernobyl Pawel**, der in Untersuchungshaft sitzt. Und der Metropolit von Tscherkassy und Kaniw Theodosius steht seit langem unter Hausarrest.

“Jetzt gibt es in der Werchowna Rada der Ukraine einen beispiellosen in der Rechtsgeschichte Entwurf über das vollständige Verbot der Ukrainischen Orthodoxen Kirche, und die Abgeordneten erklären sich bereit, ihre Stimmen dafür abzugeben. Das bedeutet, dass die Regierung der Ukraine die Kirche dem Erdboden gleichmachen möchte, in der Millionen Bürger des Landes getauft, getraut und ausgesegnet worden”, sagte Jan Taksur und unterstrich, dass “solche Lage ist unzulässig; sie ist widerrechtlich und verbrecherisch im Angesicht von Gott und den Leuten.”

Dieses Thema wurde auch in der Rede des stellvertretenden Vertreters der Russischen Föderation in der UNO D.A. Poljanskij erwähnt, der insbesondere sagte: “ Wir müssen bewusst sein, das Parlament in Kiew erwägt die Möglichkeit des gesetzgebenden Verbots und der Beschlagnahme des Eigentums der kanonischen Kirche mit der jahrhundertealten Geschichte, zu der die Mehrheit der Gläubigen in der Ukraine gehört. Es gibt keine ähnlichen Beispiele von solch schamlosen Handlungen in der modernen Geschichte.” Der Diplomat schlug vor, sich zu überlegen: “ Kann das Parlament in noch irgendeinem Staat auf Vorschlag von dem Präsidenten dieses Landes das Gesetz über das Verbot der Kirche verabschieden, deren Kirchgänger die Mehrheit der Gläubigen in diesem Land sind?”

Er gab die Acht der Teilnehmer darauf, dass die heutigen Behörden der Ukraine kontinuierlich die Staatspolitik der Vernichtung der kanonischen Orthodoxie in diesem Land betreiben: zum Rüstzeug der ergreifenden Mittel gehören rechtliche Verbote, regelmäßige Durchsuchungen, feindliche Übernahmen der Kirchen, Vernehmungen der Gläubigen und Geistlichen, ihre Verhaftungen, körperliche Gewalt, Vandalismus. Die Staatsmedien veröffentlichen regelmäßig die falsche Information, die die Kirche und ihre Hierarchen diskreditiert.

Der Diplomat wies auch auf die einzigdastehende Situation mit dem Vorsteher des Kiewer Höhlenklosters hin: "Zum ersten Mal in der modernen Geschichte unterzieht sich der hochstehende Hierarch der Kirche der Verfolgung von Staats wegen und wird für seinen Glauben verhaftet."

D.A. Poljanskij legte fest, dass der Schwung der Verfolgungen der Geistlichen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche von den ukrainischen Behörden "den tragischen totalitären Episoden der Weltgeschichte ähnelt." Nur in dem Zeitraum vom Oktober 2022 bis zum Mai 2023 hat der Sicherheitsdienst der Ukraine mehr als 100 Durchsuchungen in den Kirchen und Verwaltungsgebäuden der Eparchien der kanonischen Kirche in der Ukraine durchgeführt. Fast 250 Geistlichen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche wurde der Zutritt ins Land verboten- sie erwiesen sich als Geächtete in ihrem Heimatland. Gegen die Geistlichen, einschließlich vierzehn Bischöfe, wurden 61 Strafverfahren unter Anklage wegen "Hochverrats" und "Aufstachelung des religiösen Streits" eingeleitet. Sieben Geistliche wurden die Gerichtsurteile ausgesprochen. Neunzehn Bischöfe wurden wegen verschiedener Ausreden das ukrainische Bürgerrecht entzogen.

"Die Grausamkeit Metropoliten Pawel gegenüber zeigend, versucht Kiew auf gewaltsame Weise den Widerstand der orthodoxen Christe zu brechen, die für ihre kanonische Kirche kämpfen, und vor allem den Widerstand der Mönche der Hauptheiligtum der Orthodoxie in der Ukraine- des Kiewer Höhlenklosters zu brechen, die die ukrainischen Behörden zwingen, das Kloster zu verlassen", unterstrich D.A. Poljanskij und berichtete, dass per 14.07 man über die Schließung von mindestens acht sich auf dem Territorium des Klosters befindenen Gebäuden weiß, und die Gläubigen, die sich für die Mönche des Klosters versammeln, treibt die Polizei auseinander.

Dabei wurde betont, dass die Tragödie des Kiewer Höhlenklosters nur der Sichtteil des Eisbergs sei- es herrsche Krieg mit der kanonischen Orthodoxie in der ganzen Ukraine. Auf der regionalen Ebene, vor allem, gebe es eine Kampagne zum Verbot der Ukrainischen Orthodoxen Kirche. Die entsprechenden Entscheidungen wurden im April-Mai 2023 in Wolhynien, Iwano-Frankiwnsk, Schytomyr, Lemberg, Riwna, Czernowitz und Chmelnyzki Regionen. Die Räte der Regionen Lemberg, Iwano-Frankiwnsk, Ternopol, Czernowitz und Riwna forderten die Werchowna Rada auf, auf dem ganzen Territorium des Landes die kanonische Kirche zu verbieten. Die Stadträte von Brovar, Kamenetz-Podolsky, Sum, Czernowitz fassten die Beschlüsse über die Beschlagnahme der Grundstücke der Ukrainischen Orthodoxen Kirche. Einer der neuen Fälle der Aneignung der Kirchengebäude war die Situation **in der Stadt Die Weiße Kirche**, wo am 10. Juli 2023 die Spalter aus der "OKU" die Schlosse und Türe der Kirche aufbrachen, die Tore sperrten und die Gläubigen nicht durchließen. Die Eroberer wurden dabei von den lokalen Behörden und der Polizei unterstützt.

Das Thema der Verfolgungen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche von den Staatsbehörden der Ukraine wurde auch auf der Sitzung des UNO-Sicherheitsrats am 17. Januar 2023 aufgegriffen. Während der Sitzung trat der Vorsitzende der Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen des Moskauer Patriarchats der Metropolit von Wolokolamsk Antonius mit dem **Vortrag** auf, der dem Zustand der kanonischen Kirche in der Ukraine gewidmet wird.

Quelle: <https://mospat.ru/de/news/90591/>